



Niederschrift

61. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Februar 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 9 der Tagesordnung: Konzeptbeschluss: Variantenentscheidung für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn- und Bushaltestelle "Hübschstraße" sowie Umgestaltung des gesamten Straßenraums
Vorlage: 2023/0425/1

Punkt 9.1 der Tagesordnung: Variantenentscheidung für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn- und Bushaltestelle "Hübschstraße" mit Gleis- und Fahrleitungserneuerung zwischen Kühler Krug und Weinbrennerplatz sowie Umgestaltung des gesamten Straßenraums
Änderungsantrag: CDU
Vorlage: 2023/0425/2

Punkt 9.2 der Tagesordnung: Fragen zum geplanten Umbau Kriegsstraße/Haltestelle Hübschstraße
Anfrage: FW|FÜR
Vorlage: 2023/0425/3

Punkt 9.3 der Tagesordnung: Umbau westliche Kriegsstraße
Änderungsantrag: KAL/Die PARTEI
Vorlage: 2023/0425/4

Punkt 9.4 der Tagesordnung: Konzeptbeschluss: Variantenentscheidung für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn- und Bushaltestelle "Hübschstraße" mit Gleis- und Fahrleitungserneuerung zwischen Kühler Krug und Weinbrennerplatz sowie Auftrag zur vertieften vorbereitenden Untersuchung zur Umgestaltung des gesamten Straßenraums
Änderungsantrag: SPD
Vorlage: 2023/0425/5

Punkt 9.5 der Tagesordnung: Platz für alle – Erhalt der Parkplätze und Fahrradschutzstreifen durch Verzicht auf Haltestelle Hübschstraße
Änderungsantrag: FW|FÜR
Vorlage: 2023/0425/6

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt dem barrierefreien Ausbau der Haltestelle „Hübschstraße“ zu und schafft damit die Grundlage für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung die angrenzende Bewohnerparkzone südlich der Kriegsstraße zu überarbeiten und räumlich in den Bereich nördlich der Kriegsstraße zu entwickeln. Dabei soll auch der Aspekt von Anlieferzonen bzw. Kurzparkmöglichkeiten für z. B. mobile Pflegedienste betrachtet werden. Zugrunde gelegt werden soll die Variante A.1. Der Auftrag beinhaltet auch die Ausarbeitung möglicher Ersatzmaßnahmen für entfallende Stellplätze im öffentlichen Raum.
3. Dieses Konzept wird vor Beginn der Baumaßnahmen dem Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt, eine positive Entscheidung ist die Voraussetzung für die durchgängige Markierung eines eigenen Radweges/Radfahrestreifens in der westlichen Kriegsstraße.

Abstimmungsergebnis:

TOP 9 Ziffer 1: mehrheitlich zugestimmt (46 JA, 2 Nein)
TOP 9 Ziffer 2 und 3: mehrheitlich zugestimmt (27 JA, 19 Nein)
TOP 9.1: mehrheitlich abgelehnt (13 JA, 35 Nein)
TOP 9.2: keine Abstimmung
TOP 9.3 Ziffer 2: mehrheitlich abgelehnt (21 JA, 27 Nein)
TOP 9.4: keine Abstimmung
TOP 9.5: keine Abstimmung
Geschäftsordnungsantrag: Mehrheitlich abgelehnt (19 JA, 29 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 6. Februar 2024.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Bis heute Mittag dachte ich noch, dass wir uns wenigstens bei dem Punkt barrierefreier Ausbau der Haltestelle und Verbesserung für den Bahnbetrieb in der Kriegsstraße einig seien. Das war doch irgendwie der Tenor, der fast überall rausgekommen ist. Aber gut, es gibt jetzt wohl dann auch eine Fraktion, die das vielleicht noch mal infrage stellt. Für uns ist es aber ganz klar, dass wir das weiterverfolgen wollen und dass wir dafür heute den Beschluss treffen müssen, damit das dann doch langwierige Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden kann.

Nun aber zu den Punkten, die dann doch den größeren Dissens, den größeren demokratischen Streit hier hervorgerufen haben, wo es schon auch ein bisschen um eine Grundsatzentscheidung geht, ein Fahrradstreifen oder Parkplätze in der westlichen Kriegsstraße. Vielleicht ist es auch ganz gut, dass wir diesen Punkt heute ein bisschen zu einer Grundsatzentscheidung hochstilisieren, weil es dann doch zeigt, ob wir die eigentlichen Grundsatzbeschlüsse, die dieser Gemeinderat doch mit sehr großer Mehrheit gefasst hat, tatsächlich auch ernst nehmen. Wir haben ein Programm für aktive Mobilität, dem sehr viele Fraktionen vor etwas mehr als zwei Jahren zugestimmt haben, dass es gerade für solche Zielkonflikte, wie sie dort herrschen, eigentlich Leitlinien gibt. Wir haben ein Radverkehrskonzept, das ist schon ein bisschen älter, aus dem Jahr 2005, das diese westliche Kriegsstraße zu einer Radhaupttroute ernannt. Das heißt, seit fast 20 Jahren wartet dieser Teil der Stadt,

wartet diese Straße eigentlich darauf, dass wir dort eine Verbesserung für den Radverkehr machen, dass wir überhaupt etwas für den Radverkehr machen, weil das Angebot heute ist halt eigentlich nicht existent. Die Verwaltung hat auf dieser Grundlage sehr konsequent gehandelt, hat auch ihr weiteres konsequente Handeln mit einfließen lassen, dass wenn es einen unabdingbaren Anlass gibt, eine Straße, einen Straßenraum zu verändern, wie hier diesen barrierefreien Umbau und die Sanierung der Gleisanlagen, dass man sich dann auch wirklich alles anguckt. Das ist ein Punkt, den wir manchmal vielleicht kritisieren, weil es dann deswegen nicht schnell genug geht. Aber hier ist es vollkommen logisch, dass die Verwaltung all diese Beschlüsse aus der Vergangenheit, die auch eine deutliche Mehrheit hatten, zusammengeknüpft hat.

Daher ist es für uns auch ganz klar, dass wir der Vorlage, so wie sie heute vorliegt, folgen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Vorlage geändert wurde aufgrund der vielfältigen Kritik und der vielfältigen Wünsche aus der Bevölkerung. Weswegen Sie, Herr Oberbürgermeister, auch gesagt haben, das ist ein Ziel, das so zu verändern, aber wir werden in ein, ein- einhalb Jahren tatsächlich noch weitere Planungen bekommen, ob das Thema Parkraum tatsächlich so geregelt werden kann, wie Sie sich das vorstellen. Das heißt, es ist zwar ideell eine Grundsatzentscheidung, formal aber noch nicht. Der stimmen wir heute sehr gerne zu. Und ich denke auch, dass wir am Ende den weiteren Planungen für den Radverkehr sehr gerne zustimmen werden.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der barrierefreie Ausbau der Haltestelle ist ein Muss, die komplette Nutzungsänderung der Kriegsstraße durch Streichung von 122 Parkplatzplätzen dagegen nicht. Ein durchgängiger Radweg ist nicht zwingend, allenfalls ein Sahnehäubchen für die Rad-Lobby. Kein Unfallschwerpunkt, keine Fahrradfahrerzählung, die dafürsprechen würde. Dem hingegen ist der Parkdruck jetzt schon enorm, nirgendwo in der Stadt so hoch, wie selbst die Verwaltung feststellt. Das wusste die Verwaltung, aber erst auf Druck von Bürgerveranstaltungen kündigt sie ein Parkraumkonzept an. Aber erst kurz nach dem ersten Baggerbiss oder vor dem ersten Baggerbiss soll es kommen. Wenn alles so einfach wäre, hätte man das Konzept schon längst vorlegen können.

Die jetzige Beschlussvariante ist eine Mogelpackung. Es ist nicht einmal die Katze im Sack. Liebe SPD, fallen Sie darauf nicht rein. Jetzt muss abgewogen und entschieden werden. Bei laufenden Baumaschinen wendet der Gemeinderat nichts mehr. Er wird vor vollendete Tatsachen gestellt, siehe ÖRMI und Karlstraße, erst im Gemeinderatsbeschluss, dann kommt die Verkehrsplanung. Wir machen das nicht mit. Die Parkraumzone wird nur verschoben, die 122 Parkplätze fallen weg, der Parkdruck wird verschärft. Mit der CDU gibt es keine Veränderung der Straßennutzung. Die Stellplätze müssen bleiben. Denn wenn doch kein Radweg kommt, ändert sich an der Situation im Radverkehr gar nichts. Wenn dagegen die Parkplätze wegkommen, verschlechtert sich die Situation für die Anwohner erheblich. Wir müssen die Anwohner bei den Entscheidungen mitnehmen. Daher kommt es für uns nur auf den KAL-Antrag an.

Heute schon ist klar, ein klares Ja für die barrierefreie Haltestelle, aber keine Festlegung darüber, dass der Radverkehr mit Sicherheit kommt. Wenn wir doch vor die Wahl gestellt werden, dann nur die Variante A2. Und deswegen bitten wir auch um getrennte Abstimmung. Unser Ergänzungsantrag bleibt aufrecht. Was spricht denn dagegen, für den Fahrradverkehr die Verkehrssicherheit der Weinbrennerstraße wenigstens in Ruhe und seriös zu überprüfen?

Stadträtin Melchien (SPD): Zuallererst von unserer Seite ein ganz großes Dankeschön an alle Beteiligten, alle in dieser Sache Engagierten. Damit meine ich die Stadtverwaltung, die Verkehrsbetriebe, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger, die sich sehr interessiert an dem Thema gezeigt haben. Ich glaube, sie alle eint der Wunsch und Wille, die Situation in der Hübschstraße zu verbessern. Die Herausforderungen sind offensichtlich. Der öffentliche Raum ist begrenzt, und es gibt unterschiedliche und verschiedene Bedürfnisse, diesen Straßenraum zu gestalten.

Als Fraktion steht für uns fest, die SPD wird dem heutigen Beschluss zustimmen. Für uns steht außer Frage, dass wir die Grundlage für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zum barrierefreien Ausbau der Haltestelle als Gemeinderat treffen müssen. Wir erachten es nicht als zielführend, für die Notwendigkeit einer Haltestelle Hübschstraße die reine Entfernung zwischen Weinbrennerplatz und Kühlen Krug heranzuziehen. Innerhalb des Quartiers gibt es Wege zur Straßenbahn, die durchaus nicht als kurz zu beschreiben sind. Ein Wegfall dieser Haltestelle würde tatsächlich den Verlust der Anbindung an den ÖPNV bedeuten. Daher werden wir solchen Vorschlägen heute nicht folgen. Wir erachten es als richtig, die Entscheidung, ob ein eigener Radweg in der westlichen Kriegsstraße eingezeichnet wird oder die vorhandenen Stellplätze zumindest weitestgehend erhalten werden, in der heutigen Sitzung noch nicht zu treffen. Natürlich, es muss entschieden werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die SPD sieht allerdings die Notwendigkeit, klar und verlässlich aufzuzeigen, inwiefern der heute schon herrschende Parkdruck unter Berücksichtigung der dann in erheblichem Maße wegfallenden Stellplätze durch verschiedene Maßnahmen tatsächlich nachhaltig reduziert werden kann.

Es braucht aus unserer Sicht die Konkretisierung der dazu vorhandenen Ideen, ob sie sich als machbar erweisen und deswegen auch unser Änderungsantrag heute. Uns ist nämlich darüber hinaus wichtig, dass das Ergebnis dieser Untersuchung nicht allein uns als Gemeinderat überzeugt, nicht nur als SPD natürlich hier im Hause, sondern dass die Stadtverwaltung in Dialog mit der Bürgerschaft tritt, gemeinsam mit uns als Politik an Ihrer Seite natürlich, bevor wir hier endgültig eine Entscheidung treffen. Deswegen danken wir Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für die Zusage, auf unseren Änderungsantrag eine Informationsveranstaltung vor dem strittigen Beschluss über den Fokus des Problems durchzuführen. Ich mache mir keine Illusion, dass es auch dabei noch unterschiedliche Sichtweisen geben wird, aber es wird Klarheit herrschen über die tatsächlichen Auswirkungen im betroffenen Bereich, und das ist aus unserer Sicht unverzichtbar. Heute der Beschlussvorlage nicht zuzustimmen, wäre eine Entscheidung gegen die Barrierefreiheit im ÖPNV. Das hat für uns Priorität. Bei allem Streit, den wir zu diesem Thema schon hatten, ist allein dieser heute hoffentlich dann auch mehrheitlich gefasste Beschluss sicher ein großer Schritt und eine wirkliche Verbesserung für alle, die im jetzigen Zustand die Haltestelle nicht oder nur sehr erschwert nutzen können.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Es ist klar, denke ich, eine breite, wenn nicht sogar eine einstimmige Mehrheit hier im Hause ist dafür, dass die Haltestelle barrierefrei ausgebaut wird, dass die Gleise erneuert werden, dass die Oberleitungen erneuert werden, dass die Oberleitungsmasten erneuert werden und dass natürlich die ganze Infrastruktur, die unter den Gleisen unter der Straße ist, erneuert werden kann. Das ist, denke ich, klar, und das haben wir in unserem Antrag auch praktisch so positiv formuliert.

Was wir nicht sehen heute, ist, dass eine Entscheidung getroffen wird, wie es in der Verwaltungsvorlage letztendlich drinsteht und was auch die GRÜNEN hier formuliert haben, dass heute schon entschieden wird, die Parkplätze fallen weg, und der Fahrradstreifen kommt definitiv hin. Wir sind der Meinung, und das ist der zweite Teil unseres Antrags, dass wir auch nicht den Weg mitgehen wollen, den jetzt die Kollegin Melchien so positiv bewertet hat, dass die Verwaltung das ‚verkürzt gesagt, schon richtig machen wird und dann kurz vor Schluss noch mal eine Veranstaltung stattfinden wird, wo es den Bürger*innen vorgestellt wird und sie keine Möglichkeit haben, irgendwie Einfluss zu nehmen. Das ist für uns das Entscheidende. Deswegen haben wir eine Planungswerkstatt beantragt, dass die Bürger mit einbezogen werden, dass sie mit Fachleuten an einem Tag diskutieren und alles abwägen, wie wir es in der Vergangenheit in vielen anderen Bereichen der Stadt auch schon getan haben. Wir haben nur gute Erfahrungen gemacht mit solchen Planungswerkstätten. Dann wird man sehen, was am Ende rauskommt. Das heißt für mich nicht unbedingt, dass dann alles eins zu eins so umgesetzt werden kann, umgesetzt werden muss, was dort in dieser Planungswerkstatt rauskommt, aber es geht einfach nicht, dass wir die Bürger nicht mit einbeziehen. Die Betroffenen, das sind die, die gucken müssen, wo sie ihr Auto in Zukunft hinstellen können, müssen wir mitnehmen. Wir reden immer so schön vom mündigen Bürgern, das wird überall immer genannt, und ich denke, wir sollten den mündigen Bürger nicht entmündigen und ihn achten.

Stadtrat Hock (FDP): Wie, soll ich sagen, liebe Kollegin Melchien, Sie wollen das Problem nach der Wahl verschieben. Das ist jedem hier klar. Das verstehe ich natürlich auch. Sie drücken sich vor der Entscheidung, meines Erachtens. Und diese Entscheidung wird Ihnen vielleicht auch vorgegeben. Man weiß es nicht so recht. Aber es könnte möglich sein, dass Ihnen die Entscheidungen vorgegeben werden, ich sage es mal so. Aber vielleicht scheuen Sie auch, den Leuten vor Ort zu sagen, dass dieses Viertel aus der Gründerzeit gar keine andere Möglichkeit besitzt, ihre Fahrzeuge woanders hinzustellen. Auch die anderen Straßen um diesen Bereich herum sind jetzt schon stark zugeparkt. Ich muss ganz ehrlich sagen, seien Sie doch ehrlich, wir wollen das nicht.

Wir wollen den Umbau barrierefrei. Da sind wir uns wohl alle, fast alle einig. Das ist auch richtig, aber dann sagen Sie doch den Menschen draußen, der Kollege Lüppo Cramer hat mit seinem Antrag recht, den werden wir auch, ich sage es auch gleich vorweg, gerne mit unterstützen. Aber ich sage es ganz ehrlich, wir können nicht in diesem Bereich 122 Parkplätze weglassen. Das ist unmöglich. Sagen Sie mir doch mal in den letzten Jahren, liebe GRÜNE, wo sind die Unfallstatistiken aus diesem Bereich? Die gibt es dort gar nicht. Es gibt dort keine Gefahrenzone. Ich fahre da öfters Fahrradfahrern hinterher, dann fahre ich hinterher bis zur Ampel. Da habe ich gar kein Problem. Das ist die ganzen Jahre immer so gut gewesen. Wieso müssen wir das dann verändern, wegen dem Radstreifen? Sie machen so wieso aus jeder Straße mittlerweile die Hauptachse im Radverkehr. Ich höre das jeden Tag, in fast jedem Antrag ist eine Hauptachse im Radverkehr in der Stadt, wenn es um diese Dinge geht. Also man muss mal auf dem Teppich bleiben, dass wir ÖPNV, Radverkehr, Fußgängerverkehr auch gleichberechtigt sehen. Das brauche ich Ihnen für meine Fraktion nicht erklären.

Herr Oberbürgermeister, Sie sind natürlich auch in der Zwickmühle, extremst in der Zwickmühle. An Ihrer Stelle wollte ich nicht sitzen. Ich kann das absolut nachvollziehen. Sie haben auch Versprechungen gemacht hier drüben, was Sie alles in dieser Stadt verändern möchten. Ich sage Ihnen, sind Sie ehrlich. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das den

Leuten draußen sagen. Wir tun es. Wir sagen, barrierefreier Ausbau ja, Wegfall der 122 Parkflächen kommt mit uns nicht infrage.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Erst mal zur Richtigstellung unseres Antrags. Da steht, die Verwaltung prüft die Möglichkeit, die Haltestelle aufzulösen. Wir haben nicht gefordert, dass sie aufgelöst wird, sondern prüft. Denn das Problem, über das wir heute reden, ist tatsächlich die Haltestelle. Füttern Sie künstliche Intelligenz mit all den Fragen, und danke für die Antworten, die wir gestellt haben. Daraus ist das Ergebnis, wir schaffen durch diese Haltestelle, die zwischen dem Weinbrennerplatz und dem Kühlen Krug ist, die die gleiche Entfernung hat wie die Martinstraße zum Kolpingplatz. Die Frage ist, muss es da sein? Das ist auch die Frage an die Verwaltung, prüfen Sie es?

Hätten wir diesen Haltestellenumbau an dieser Stelle nicht, hätten wir auch nicht die Problematik, die wir hier kreisen. Wir haben eine der Hauptschlagadern des Ost-West-Verkehrs, die jetzt auch, wie mein Kollege Hock sagte, für alle Verkehrsteilnehmer derzeit relativ unproblematisch sind. Wir haben die Weinbrennerstraße und die Sophienstraße, wie auch erkannt wurde von der CDU, die den Radverkehr unproblematisch machen, letztendlich der Umbau und der geforderte Radweg. Dieser Vorschlag, die A1, nicht anzunehmen, bringt uns ziemlich in die Bredouille. Denn das Problem, wie auch wir schon vorher gehört haben, ist tatsächlich der Parkdruck, den wir dort haben. Wir können nicht einfach Parkplätze schaffen.

Der Umbau ist notwendig für die Gleisanlagen usw., und wir müssen auch einmal überlegen, was in diesem Antrag ist, wir reden von etwa 6 Millionen Euro, kann man das nicht sinnvoller einstecken? Und die Zahlen, ob die Haltestellen an dieser Stelle notwendig sind, fehlen. Eine Entscheidung zu diesem Zeitpunkt kann von unserer Seite sein, und da hat der Lüppo Cramer Recht, wir müssen die Bürger einbinden. Darum werden wir auch seinen Antrag klar unterstützen. Das ist ganz wichtig.

Aber den Hauptantrag, so wie Herr Pfannkuch von der CDU bereits mitgeteilt hat, können wir so nicht tragen, auch nicht die Varianten. Und wie gesagt, mir wäre es recht, dass man wirklich prüft, was wir wollen. Wenn die Prüfung aus irgendwelchen Gründen sagt, es geht nicht, wir haben bei der Kombilösung feststellen können, dass Haltestellen weggefallen sind, das war auch kein Problem. Vom Kosten-Nutzen-Faktor sehe ich gar nichts. Wenn dann der Umbau doch sein sollte, dann ist es so. Aber für uns ist klar, Wegfall der Parkplätze, Fahrradstreifen und dort die Hauptschlagader verstopfen, das können wir nicht mittragen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Zuerst denke ich, dass jeder hier im Raum seine Entscheidungen selber treffen kann und deswegen auch hier sitzt und auch dann unterschiedliche Abwägungen wahrnimmt. Das haben wir heute in der Debatte auch schon gehört. Wir hatten ein Konsens in Bezug auf die Haltestelle, dass das passieren muss und dass wir natürlich an dieser Stelle keine Verschlechterung des ÖPNV-Angebots machen werden, dass man viel Geld in die Hand nimmt, damit der ÖPNV dort am Ende nicht schlechter wird, das ist, glaube ich, absolut undenkbar. Wir brauchen eine barrierefreie Haltestelle. Das ist ein Problem tatsächlich eher für die Zukunft und die Mobilitätswende, dass unser Ausbau des ÖPNV nicht rechtzeitig und nicht schnell genug vorankommt und auch nicht genug gemacht wird. Das heißt, hier muss es so weitergehen und das ist auch gut, dass es da

zumindest eine Mehrheit gibt, auch wenn ich schade finde, dass man es jetzt auf die letzten Meter noch mal so infrage stellt.

Ich glaube, den Weg, den wir jetzt einschlagen in diese Straße, ist auch ein richtiger. Es war wahrscheinlich schon etwas schnell, in diesem Planungsausschuss ohne viele Vorlagen und weitere Informationen schon in diese Entscheidung einzutreten. Aber ich glaube, es ist keine Verschiebung der Entscheidung, sondern es ist eine Konsolidierung. Jetzt muss man gucken, welche Gruppen man vor Ort noch genauer einbeziehen muss, was jetzt Pflegedienste usw. angeht. Aber ich bin sehr optimistisch, dass man eine Lösung finden wird. Klar ist, es ist gut und es ist richtig, diese ganzen Konzepte, die wir als Stadtverwaltung und als Gemeinderat beschlossen haben im Sinne zur Förderung der aktiven Mobilität, auch vor Ort umgesetzt werden. Man muss auch sehen, es geht jetzt nicht nur um einen Status quo, sondern wenn wir diese Umbauten des Straßenraumes machen, das wurde auch mehrmals betont, dann geht es tatsächlich sogar eher um eine Verschlechterung der Situation für den Radverkehr. Das muss man in dieser Abwägung auch mit einbeziehen.

Und wie gesagt, ich bin sehr, sehr optimistisch. So, wie wir den Weg jetzt einschlagen, wird da ein gutes Ergebnis rauskommen. Was man auch sagen muss, es ist ein Gründerzeitquartier, aber es ist ein Gründerzeitquartier, das unmittelbar an einem sehr offenen und auch verkehrsüberplanten Bereich liegt. Also da gibt es definitiv noch Möglichkeiten, um hier Parkplätze, wenn nötig, zu schaffen.

Stadtrat Schnell (AfD): Die von der Stadt vorgelegten Planungen zur Umgestaltung der Kriegsstraße bedingen für die Anwohner eine massive Verschlechterung der Parksituation. Die war seit den 90er Jahren sowieso schon grenzwertig. Damals habe ich dort gewohnt und oftmals keinen Parkplatz gefunden, und jetzt ist es noch viel schlimmer. Da muss die Frage schon gestattet sein, ist die Planung, was wir jetzt vorgelegt bekommen haben, ist das wirklich alternativlos?

Denn zu dem Radstreifen erst mal, die Alternativen wurden genannt, Weinbrennerstraße, wir haben die Sophienstraße, auch die Kaiserallee haben wir mit fetten Radstreifen ausgestattet. Wir haben jetzt sogar noch die Hildapromenade, die wird auch noch zur Fahrradstraße, und die Weststadt ist für das Fahrrad bestens erschlossen. Wahrscheinlich werden es 122, wahrscheinlich werden es aber noch mehr Parkplätze, dafür einfach Platz zu machen, das geht nach unseren Vorstellungen überhaupt nicht. Die gelegentlich vorkommende Behinderung durch die Tram, das war auch ein Argument, durch Parker in der Mitte, das lässt sich durch sichtbare eindeutige Markierung und Hinweisschildern gegen null verringern. Also das ist auch kein Problem. Anders als seinerzeit beim Radweg an der Haid-und-Neu-Straße gibt es in der Weststadt eben kein mäßig genutztes Parkhaus in zumutbarer Entfernung. Das ist der entscheidende Unterschied zur Oststadt.

Zahlreiche weitere Gegenargumente zu diesen Planungen haben die engagierten Bürger der Weststadt bei der Informationsveranstaltung hervorgebracht. Unter deren Würdigung lehnen wir daher die Vorlagen der Stadt zu TOP 9 und TOP 4 ab. Denn es kann nicht sein, dass hier massiv Bürgerinteressen entgegengehandelt wird. Nicht jeder kann, und nicht jeder will sich ausschließlich per Fahrrad fortbewegen. Man sollte Menschen nicht vorschreiben, wie sie sich im Verkehr verhalten sollen und wie sie sich fortbewegen sollen. Wenn man etwas Gutes für die Radfahrer tun will, dann sollte man lieber die Wege an der Linkenheimer Landstraße sanieren. Diese Sturzäcker zu benutzen, ist nämlich eine Zumutung.

Dem Änderungsantrag von der CDU stimmen wir zu. Wir halten dabei die Einrichtung der im Antrag genannten 64 Stellplätze in der Weststadt, ganz unabhängig was wir jetzt mit der Kriegsstraße anfangen, in jedem Fall für erforderlich, um den bestehenden Parkdruck in der Weststadt abzumildern, was mit einer eventuellen Ausweitung der Anwohnerparkzonen einhergehen könnte. Wenn der CDU-Antrag keine Mehrheit findet, dann würden wir uns dem Änderungsantrag der KAL anschließen.

Zum Haltestellenumbau, barrierefreie Umgestaltung von Haltestellen ist eine wichtige Aufgabe. Die begrüßen wir im Grundsatz. Man muss jedoch sehen, dass die Haltestelle nicht besonders stark nachgefragt wird, und erst ein Drittel aller Straßenbahnhaltestellen in Karlsruhe ist barrierefrei. Es gibt welche, die haben zehn Mal so hohes Aufkommen wie die an der Hübschstraße. Man sollte doch erst mit denen anfangen, wo man für das eingesetzte Geld, denn so viel haben wir nicht, wesentlich mehr erreicht.

Zu diesem Antrag, die Haltestelle zu schließen, kann ich nur sagen, eine nicht-barrierefreie Haltestelle ist immer noch besser als gar keine Haltestelle.

Stadträtin Fenrich (pl.): Ich mache das so, wenn ich diese Vorlagen bekomme, dann gucke ich erst mal, was sind die Anträge, wer hat Anträge gestellt. Da habe ich dann gleich festgestellt, von den GRÜNEN ist gar kein Antrag da. Dann habe ich gelesen, was die Beschlussvorlage hergibt und habe festgestellt, das ist genau das eigentlich, was die GRÜNEN wollen. Und jetzt, Herr Bürgermeister, erinnere ich Sie, was wir auch in der Presse entnehmen konnten nach Ihrer Wahl, nein, vor der Wahl, Entschuldigung, vor der Wahl. Sie sind ein grüner Sozialdemokrat, ein tiefgrüner Sozialdemokrat, haben Sie gesagt. Jetzt sage ich Ihnen noch was, Herr Oberbürgermeister, Sie haben nach der Wahl gesagt, Sie wollen der Oberbürgermeister aller Karlsruher sein. Das heißt für meine Begriffe, das ist sehr demokratisch genannt, das ist gut, was Sie gesagt haben. Aber das bedeutet auch, dass Sie die einzelnen Interessen verbinden müssen. Aber das haben Sie in der Beschlussvorlage gerade nicht getan. Sie stellen sich in der Beschlussvorlage eindeutig zum Beispiel gegen den Bürgerverein. Der Bürgerverein, sage ich, und das sage ich nicht zum Ersten Mal, der Bürgerverein kennt seine Bürger besser als wir alle hier. Doch, das ist so, und weil er sie besser kennt, kann er auch sagen, wo denen der Schuh drückt, und der Schuh drückt da. Das ist Altbaubestand, die können nicht irgendwo parken. Und wenn sie verdrängt werden, nördlich, südlich, dann hat es dort doch auch Konsequenzen. Wir dürfen doch die Augen davor nicht verschließen.

Das bedeutet für meine Begriffe, wir müssen alles daran setzen, dass diese Parkplätze erhalten bleiben. Wir sehen es in der Kapellenstraße, Parkplätze weg. Das andere war neulich in der Zeitung, habe ich jetzt vergessen, ist egal. Überall Parkplätze reduziert, das kann es nicht sein. Herr Oberbürgermeister, wenn Sie nicht wollen, dass die arbeitende Bevölkerung mit ihren Autos wegzieht ins Umland und wir hier nur noch Bürger haben, für die die Spielwiese interessant ist, da erinnere ich an die Aussage von Frau Kollegin Binder, dann überdenken Sie das, was Sie hier in Ihrer Variante A1 vorschlagen. Das kann nicht sein. Wenn Sie wollen, dass die Bürger nicht politisch total frustriert sind, dann berücksichtigen Sie dies bitte. Das war eigentlich so mein Statement, was ich dazu sagen wollte zu den einzelnen Anträgen. Wie gesagt, meine Abstimmung dann.

Stadtrat Hofmann (CDU): Ich möchte vielleicht noch kurz den Text vorlesen, damit wirklich jeder weiß, worüber er heute abstimmt. Das ist immer genau das Wichtige. Hier steht drin unter Punkt 2, der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung unter Zugrundelegung der Vorzugsvariante A1, bei der alle Parkplätze wegfallen, rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme ein Parkraumkonzept vorzulegen, das die angrenzende Bewohnerparkzone südlich der Kriegsstraße überarbeitet und räumlich in den Bereich der nördlichen Kriegsstraße erweitert. Den Rest kann man, glaube ich, weglassen. Das heißt, wir kriegen ein Parkraumkonzept vorgelegt. Wenn da aber nur 20 Parkplätze drinstehen oder 30, hier steht nirgends drin, dass noch mal abgestimmt wird darüber. Nein, das steht nirgends drin. Da steht aber nicht drin, dass darüber noch mal abgestimmt wird. Im Prinzip die Vorzugsvariante 1 wird jetzt abgestimmt. Das Konzept wird dann vorgelegt unter Punkt 3. Aber im Prinzip ist dann wiederum nur dies die positive Entscheidung, die Voraussetzung für die durchgängige Markierung des eigenen Radweges. Das heißt aber, wenn wir jetzt diesem Konzept mit A1 zustimmen, dann könnten wir doch einfach eins, ich glaube, dann kriegen wir sofort eine Mehrheit, dann lassen wir doch hier oben anstatt, wenn das alles in Ordnung ist, auch A1, A2 machen, und dann könnten wir genau das unten schreiben. Wenn das nicht klappt oder wenn es durchgeht, können wir das dann ändern. Dann wäre doch genau alles da. Aber warum muss jetzt die Variante geplant werden schon, in der mit Sicherheit die Parkplätze wegfallen? Wenn dies so wäre, könnten wir es genau andersherum machen. Aber es wird von vornherein die Variante A1 geplant. Und genau hier, und da kann ich den Kolleginnen und Kollegen, die das gesagt haben, Recht geben, hier missachten wir aber vehement den Bürgerwillen. Sowohl der Bürgerverein, die Gewerbetreibende, die Anwohner vor Ort, haben mit großer Mehrheit gesagt, dass sie dies nicht so wollen. Dann lassen Sie uns doch hier, wenn wir schon einen Konsens suchen, sagen, wir machen einfach aus der Vorzugsvariante A2. Und wenn das Parkraumkonzept dann schlüssig ist, dann stimmen wir dem zu und machen dann entsprechend diese Umänderung. Aber auf keinen Fall machen wir das so, weil das ist eine Vorplanung, wie mein Kollege Pfannkuch gesagt hat. Wir haben noch keine einzige Planung, die angegangen wurde, zurückgewiesen, weil uns dann erklärt wird kurz vor Schluss, jetzt kostet es 8 Millionen mehr, die Planung noch mal zu ändern, und dann haben wir kein Geld. Also derjenige, der heute hier bei 2 zustimmt, stimmt auch gegen die Parkplätze.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Kollege Hofmann, vielleicht sollten Sie nicht die Papiere, sondern die zwei Grafiken mit A1 und A2 anschauen. Dann würden Sie genau erkennen, genau die Variante A2 ist die Festlegung eindeutig auf die Parkplätze hier. Denn dort in den Ecken an den Kreuzungsbereichen ist es baulich auch eine Festlegung, nämlich die vorgezogenen Fußgängerüberwege, die da sind. Da kann kein Radweg drüberfahren. Während in Variante A1 mit Farbe sowohl der Fahrradweg eingezeichnet werden könnte als auch die Parkplätze, genau wie jetzt, eingezeichnet werden. Daher ist eigentlich die Variante A1 genau die offene.

Aber eine Grundsatzfrage möchte ich jetzt doch an die rechte Seite auch noch stellen. Reden Sie von Parkplätzen, die Sie erhalten wollen, oder reden Sie von kostenlosen Parkplätzen, die Sie erhalten wollen? Ich sage Ihnen eindeutig, Sie wollen kostenlose Parkplätze erhalten. Das Konzept, das die Verwaltung in dem Kühlen Krug vorgelegt hat, war mit kostenlosen Parkplätzen nur etwa bei 60, sage ich jetzt mal, in den zwei Bereichen ausgelegt. Es gab noch den großen Klecks, am Kühlen Krug ein Parkdeck zu machen, aber das Parkdeck wäre natürlich nicht mehr kostenlos. Bei allen Neubauten, die Sie machen, haben Sie nach Landesbauordnung jetzt nicht Tiefgaragen zu machen, und dementsprechend

müssen Sie auch deutlich mehr Kosten machen. Das muss man natürlich die Bürger auch fragen, wollen sie kostenlose Parkplätze, oder wollen sie bezahlbare Parkplätze? Da antworten sie natürlich, kostenlose Parkplätze, würde jeder machen. Aber man muss hier tatsächlich auch diskutieren, wem gehört die Stadt? Gehört die Stadt den Menschen, oder gehört die Stadt den parkenden Autos? Das ist natürlich auch die Frage, die wir für die Zukunft hier stellen müssen. Denn die eigentliche Kriegsstraße als Verkehrsachse will niemand ausmachen. Daher noch mal, als Grundsatzentscheidung ist die A1-Variante sicherlich die richtige Variante. Wir sind offen, ob man Radwege einzeichnet oder ob man Parkplätze einzeichnet, das Konzept muss nachher gültig und angenommen werden, auch von den Bürgern. Aber das ist natürlich die richtige Grundlage für die weitere Planung.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Auch für uns gehört die Stadt natürlich den Menschen, aber es gibt auch Menschen, die auf ihre Autos angewiesen sind und auch darauf, dass sie in der Nähe stehen, weil sie nämlich alt oder krank sind. Die dürfen wir nicht vergessen. Ich mache noch mal klar, was wir möchten. Wir möchten, dass erst mal alles so bleibt, wie es ist, weil wir der Meinung sind, dass andere Haltestellen zuerst barrierefrei umgebaut werden müssen, weil dort der Bedarf viel größer ist, weil dort viel mehr Leute ein- und aussteigen. Wir haben hier an der Stelle 550 Meter zwischen den beiden benachbarten Haltestellen, wo man zurzeit schon barrierefrei einsteigen kann. Deswegen gibt es eigentlich keinen Grund, dieses Projekt jetzt anzugehen. Die Idee von den Freien Wählern, erst mal zu evaluieren, ist diese Haltestelle überhaupt nötig, und dann für mich interessant, kommt dabei auch raus, oder muss sie vielleicht ein Stück verschoben werden. Das könnte man sich bei der Gelegenheit gleich überlegen, ob die Haltestelle überhaupt an der richtigen Stelle ist. Unserer Meinung nach müssten eigentlich diese Fragen erst mal beantwortet werden, bevor man an die Sache herangeht. Wir wollen also, dass erst mal alles so bleibt, wie es ist. Das ist das, was wir möchten.

Und jetzt frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister, wie müssen wir jetzt abstimmen? Wie müssen wir abstimmen, wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist? Nein, ich erkläre es, warum. Ich erkläre, warum ich diese Frage stelle. Haben wir jetzt hier nur die beiden Varianten zur Auswahl oder wird jede Variante dagegen abgestimmt, erst mal alles so zu lassen, wie es ist? Das wäre nämlich das, was ich beantragen würde, dass jede Variante für sich die Mehrheit bekommen muss. Im Vergleich dazu, wir machen erst mal gar nichts. Das wäre aus meiner Sicht die richtige Art abzustimmen, und nicht die Frage Variante A1 oder A2. Wir haben gehört, die CDU möchte die Variante A2, wenn sie sich entscheiden muss. Wenn wir uns entscheiden müssten, würden wir auch die Variante A2 wählen. Wir wollen sie aber nicht. Deswegen muss unserer Meinung nach jeweils abgestimmt werden, bekommt die Variante A1 eine Mehrheit im Vergleich dazu, gar nichts zu machen, oder bekommt die Variante A2 eine Mehrheit im Vergleich dazu, gar nichts zu machen? Bitte erklären Sie mir das, wie das jetzt in der Abstimmung zu laufen hat.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Ein hochemotionales Thema, ich glaube, das haben wir auch alle erwartet, das typische Beispiel Autofahrer gegen Radfahrer. Was mir aber ehrlich gesagt so ein bisschen Sorge macht, und das muss ich jetzt an Ihre Adresse richten, Herr Dr. Mentrup, ich spüre doch so ein gewisses Grundmisstrauen gegen Ihre Zusagen in die Zukunft oder auch gegen Ihre Vorlagen. Das ging jetzt aus verschiedenen Redebeiträgen hervor, und ich glaube, da sollten wir dran arbeiten.

Ich möchte noch mal ein paar Dinge klarstellen. Zum einen, natürlich sind wir, wenn die Haltestelle umgebaut werden muss, für einen barrierefreien Ausbau. Wir bitten, Kollege Wenzel hat es gesagt, noch einmal lediglich wirklich, es zu prüfen, ist es zwingend erforderlich, aus rechtlichen Gründen, oder weil man sie da so erhalten möchte. Es gibt Verordnungen, wie weit jeder Haushalt bis zur nächsten Haltestelle haben soll, sonst gibt es keine Förderung für den ÖPNV usw. Ich sehe das genauso. Wir haben das vor kurzem in Augenschein genommen. Ich finde den Vorplatz vom Hauptbahnhof als viel zwingendere Maßnahme für einen barrierefreien Umbau, aber ich führe das jetzt nicht weiter aus. Wir können uns natürlich dann damit anfreunden, wenn Sie uns sagen, diese Haltestelle muss da bleiben, dann stimmen wir dem barrierefreien Ausbau zu.

Zu dem Thema Fahrrad, ich fahre die Strecke öfters, und deswegen auch unsere Anfrage. Ich stelle fest, es fahren nicht sehr viele Radfahrer auf dieser Strecke. Die Verwaltung hat natürlich ausgeführt, das kann schon sein, wenn wir einen gut ausgebauten Radweg dahin bauen, dass der auch mehr Radverkehr anzieht. Das möchte ich nicht bestreiten. Die Frage ist, wenn dieser Radweg durch die Weinbrennerstraße laufen würde, warum zieht er denn nicht dort mehr Radverkehr an? Also das ist mir nicht ganz schlüssig. Man darf auf der Strecke sowieso nur 30 fahren und muss oft auch halten wegen der Bahn, die vor einem herfährt. Wir könnten uns zum Beispiel auch einen Schutzstreifen auf der bestehenden Straße vorstellen, wo die Bahn fährt und die Autos hinterher, der Rot gekennzeichnet ist. Das haben wir auf vielen anderen Straßen in der Stadt auch. Wir möchten nicht die Radfahrer gegen die Autofahrer ausspielen. Wir versuchen, für alle, und ich glaube, das ist auch der Konsens hier, wir versuchen, für alle eine gute Lösung zu finden.

Natürlich haben wir auch bei dem Wegfall von 122 Parkplätzen große Bauchschmerzen und können das so nicht mittragen. Ich war auf der Infoveranstaltung, denkwürdiger Abend, auch sehr emotional. Da haben Sie gesagt, Sie prüfen das Parkraumkonzept. Ich bin jetzt mehrmals auch zu später Stunde dort entlanggefahren, und es stehen eigentlich nur Autos mit Karlsruher Kennzeichen. Das heißt, es sind Anwohner und auch deren Familienangehörige, Freunde usw. Wo Sie die unterbringen wollen und wie das mit reinem Anwohnerparken dadurch geändert werden soll, was sich dadurch verbessert, das erschließt sich uns nicht.

Also noch mal, wir stimmen dem barrierefreien Ausbau zu, wenn er denn sein muss an dieser Stelle. Den Rest möchten wir ergebnisoffen lassen.

Stadträtin Fenrich (pl.): Vielleicht auch noch mal zur Klarstellung. Wenn der Umbau sein muss, vielleicht können Sie, Herr Oberbürgermeister, dazu noch was sagen, ist es generell so, dass eine nach der anderen Straßenbahnhaltestelle umgebaut wird? Dann würde sich es so verhalten, dass man die Hübschstraße jetzt gar nicht machen muss, sondern dass man andere in der Stadt vorzieht. Wird man es aber machen müssen, weil sowieso irgendwelche Sanierungsmaßnahmen an der Strecke, das war, glaube ich, im Sommer vergangenen Jahres oder vorvergangenen Jahres, wo die Gleise abgesenkt waren, wenn das so ist, dass man dann sowieso sanieren muss, dass man es dann behindertengerecht machen muss, dann wäre das auch wieder eine andere Frage. Vielleicht können Sie dazu noch mal eine Ausführung machen.

Stadtrat Müller (CDU): Ich glaube, um die Haltestelle Hübschstraße, für deren Erhalt wir uns mehrheitlich aussprechen, muss ein barrierefreier Ausbau hergestellt werden. Das ist

aber, glaube ich, außerhalb der Diskussion, zumindest mehrheitlich. Bislang bin ich immer davon ausgegangen, dass mit der Beschlussvorlage mehr oder weniger uns so eine Katze im Sack verkauft werden soll in einem Art Vorratsbeschluss, um uns dann auch noch mit diesem Sack mit der Katze darin ein bisschen auf das Glatteis zu führen. So kommt es mir vor. So eine Art Vorratsbeschluss, danach wird man uns dann irgendein Parkraumkonzept vorlegen, von dem wir heute und auch morgen noch nicht wissen, wie es denn tatsächlich in Stückzahlen an Parkplätzen dann aussehen wird. Das wird dann wiederum als Ergebnis in den Gemeinderat eingespult, in einer positiven Mehrheit, so steht es doch im Abs. 3 drin, kommt es dann letztendlich zu dem, was wir heute als Ihren Vorratsbeschluss hier verabschieden oder auch nicht.

Und das Ganze, glaube ich schon, lieber Herr Hock, Herr Kollege, da bin ich Ihnen auch sehr dankbar, die SPD-Fraktion ist hier deutlich in der Kneiferhaltung, sich zu einem klaren Bekenntnis diesbezüglich zu äußern, zu votieren. Und lieber Herr Kollege Zeh, ich bin Ihnen so unfassbar dankbar, muss ich Ihnen wirklich sagen, dass Sie uns nicht nur das Glatteis erspart haben, uns das Streusalz dazu geliefert haben, sondern auch gleich noch die Katze aus dem Sack befreit haben und uns jetzt auch dahingehend bestätigten, wie wir als CDU-Fraktion auch gegenüber dieser Beschlussvorlage der Stadt abzustimmen haben. Herzlichen Dank, und ich glaube, auch in der Weststadt hat man das gehört.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich möchte feststellen, dass wir als SPD hier tatsächlich diejenigen sind, die versuchen, einen Interessensausgleich zu erwirken. Wer den Schlusstext richtig gelesen hat und vielleicht etwas anders interpretiert als der Kollege Hofmann, der liest da ganz eindeutig, dass über Punkt 1 wir uns wahrscheinlich eigentlich nicht streiten müssen, mit Ausnahme der AfD, dass der Punkt 2 Folgendes sagt. Wenn wir die Vorzugsvariante A1 planen, dann brauchen wir gleichzeitig ein Parkraumkonzept. Das wird uns vorgelegt. Das macht bei der Variante A2 auch überhaupt keinen Sinn, weil bei der Variante A2 keine Parkplätze wegfallen. Deswegen kann das nur unter Zugrundelegung von Vorzugsvariante A1 erfolgen. Und das ist, was im Punkt 2 steht. Das heißt, nach unserer Erkenntnis wird jetzt, wenn wir heute Punkt 2 zustimmen, für A1 noch ein Parkraumkonzept erstellt. Und dann kommt Punkt 3, und in Punkt 3 steht, dass der Gemeinderat, wenn dieses Konzept vorliegt, noch mal entscheidet, ob er die Planung fortsetzen möchte oder nicht.

So, und das ist das, was wir als SPD in diesen drei Punkten lesen. Wir finden das absolut unproblematisch, weil das Einzige, was wir heute gewinnen, ist zusätzliche Information über das Parkraumkonzept. Dann können wir uns in aller Ruhe nochmal mit diesem Thema befassen. Ich verstehe nicht, warum wir heute so eine Schärfe reinbringen müssen, wenn wir doch eigentlich als Kommunalpolitik die Aufgabe haben, Interessen auszugleichen und abzuwägen und das unter Zugrundelegung der besten Informationen, die wir kriegen können. Das ist das, was wir heute fordern, und das ist die Position der SPD. Ich finde, das ist eine sehr kluge Position. Deswegen bin ich froh, dass wir die heute hier auch so einnehmen.

Der Vorsitzende: Ich möchte a) darauf hinweisen, dass ich um 21:00 Uhr die Sitzung abbreche und b), dass wir jetzt nicht darüber abstimmen werden, was jeder denkt, was der Mentrup, die Verwaltung oder irgendein anderer Mensch gedacht hat, sondern über das, was hier im Text steht. Ich kann die Fragen gerne noch mal beantworten am Ende der Wortmeldungen, aber würde vorschlagen, dass wir uns nicht weiter in Interpretationsexegese hier ergehen.

Stadtrat Hock (FDP): Ich würde Ihren Worten sofort folgen, aber Kollege Zeh hat mich jetzt noch mehr durcheinandergebracht mit seinen Äußerungen. Also von daher gesehen haben Sie dem Ganzen noch etwas mehr Drive gegeben. Herr Oberbürgermeister, ich sage Ihnen ganz ehrlich, diese Situation hier ist, das wissen Sie auch, einigermaßen verfahren. Ich kann Ihnen und uns nur raten, diese Sache sollte nicht dieser Gemeinderat beschließen. Das ist meine persönliche Meinung. Deshalb, Herr Oberbürgermeister, wäre es sinnvoll, dass Sie diese Vorlage komplett hier raushalten und nicht zur Abstimmung bringen, und der neue Gemeinderat beschließt über diese Sache, weil dann wäre es ehrlich. Weil Sie wollen das jetzt noch geschwind abfertigen, aber das wollen wir nicht. Deshalb wäre es doch sinnvoll, das war ein Vorschlag von mir, gehen Sie den gerne mit. Wir sind dazu bereit, dass der neue Gemeinderat über das, was der Herr Oberbürgermeister gerne jetzt noch geschwind durchziehen möchte, abstimmen kann.

Der Vorsitzende: Also jetzt müssen wir doch ein bisschen zu den Fakten zurückkehren. Wir haben eine lange Tradition in Karlsruhe.

Stadtrat Schnell (AfD): Als Replik auf Dr. Huber, man kann dieses Parkraumkonzept für die Weststadt auch dann sich überlegen und erarbeiten, wenn man an der Kriegsstraße nichts ändert, denn die Parkraumsituation ist dort schon ohnehin ganz furchtbar. Und damit hier nicht der falsche Eindruck entsteht, wir hätten was gegen den barrierefreien Umbau von Haltestellen. Es gibt nur welche, die haben zehn Mal so viel Aufkommen wie die in der Hauptstraße, und da ist gar nichts. Versuchen Sie mal, mit dem Rollstuhl in Durlach von der Regionalbahn in eine der Stadt- oder Straßenbahnen, die in die Innenstadt fährt, umzusteigen. Da werden Sie einfach scheitern, das geht nämlich nicht. Sie kommen zum Bahnsteig von der Straßenbahn einfach nicht rauf.

Der Vorsitzende: Fakt ist, wir haben eine lange Tradition, dass immer dann, wenn wir bestimmte Straßenräume angehen und dort Schienen erneuern, dann gucken, dass wir alles andere gleich mitmachen. Frau Stadträtin Fenrich, der Einstieg in die Diskussion, und zwar nicht kurz vor der Wahl, weil der OB noch was durchdrücken will, sondern am 14.09. war, dass man gesagt hat, die Schienen müssen dort erneuert werden. Dann macht es Sinn, sich das gleich ganzheitlich anzugucken. Ich finde es jetzt schon sehr spannend, dass wir seit dem 14.09. über solche Dinge diskutieren und dann kommt heute um 11:35 Uhr oder so der Änderungsantrag, man kann doch eigentlich ganz darauf verzichten. Hier werden plötzlich Fragenkonvolute in den Raum gestellt, die teilweise zigfach schon ausdiskutiert sind. Ich habe eher den Eindruck, manchen fällt es schwer, entweder mit dem absehbaren Ergebnis klarzukommen oder auch ein Stück weit sich einfach zu entscheiden. Das ist jetzt meine Interpretation.

Jetzt wollen wir aber zu den Fakten zurückkehren. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, wir hätten hier nicht an das Problem des Parkraums gedacht. In unserer ursprünglichen Vorlage stand ausdrücklich drin, dass wir versuchen, eine Alternative zu finden, indem wir a) das Anwohnerparken ausweiten und b) hier Möglichkeiten sehen, für die entfallenden Parkplätze in den Seitenstraßen etwa 60 neue Parkmöglichkeiten zu schaffen, über das hinaus. Wir haben nie als Verwaltung behauptet, dass wir das gleichwertig ausgleichen können. Wir haben die Idee, 60 zusätzliche neue Parkplätze zu schaffen. Wir haben auch die zweite Idee, das Anwohnerparken dort auszuweiten, weil wir durch das Anwohnerparken eine zielgenauere Versorgung der Menschen bekommen, die das unbedingt dort vor

Ort brauchen, weil sie dort wohnen. Wir können auch hier auf gute Erfahrungen aus dem Gebiet südlich der Kriegsstraße genau in diesem Quartier hinweisen. Da war ich vor Ort, als es um das Thema faires Gehwegparken ging, und da waren dieselben Befürchtungen. Dann haben wir das Anwohnerparken dort eingerichtet. Es ist nicht besser geworden, aber es ist auch nicht so viel schlechter geworden, dass es jetzt ein echtes zusätzliches Problem ist.

Das Zweite ist „Mogelpackung“, Herr Stadtrat Pfannkuch, das trifft mich schon sehr, weil wir haben damals gesagt, wir werden in diesem Rahmen einen Ausgleich schaffen und dann hätten Sie bzw. auch die Anwohner sagen können, das reicht uns, oder das reicht uns nicht. Man hat uns nur schlichtweg unterstellt, dass wir es vielleicht dann am Ende gar nicht umgesetzt kriegen oder so. Und deswegen gibt das uns jetzt die Möglichkeit, dass wir heute Gott sei Dank noch nicht entscheiden müssen, ob wir am Ende das Parken weiter dort längs ermöglichen oder einen Fahrradstreifen einrichten, die Möglichkeit, zunächst mal über das Thema barrierefreie Haltestelle zu entscheiden.

Herr Stadtrat Schnell, Sie haben natürlich insofern völlig Recht, der Hauptbahnhofvorplatz wäre viel wichtiger. Aber wir haben Ihnen schon auf viele Anfragen hin dargestellt, dass wir erst andere wichtige Verkehrsmaßnahmen abschließen mussten, dass wir dann jetzt in eine neue Planung einsteigen müssen, weil sich die Bedarfe auch noch mal verändert haben, und dass wir dann natürlich den Bahnhofsvorplatz in den nächsten Jahren angehen, dass es aber früher und vorher einfach nicht gegangen wäre.

Hier gibt es die akute Situation, dass wir an den Schienen was machen müssen, und dann ist das sinnvoll. Eigentlich hätten wir schon Ende letzten Jahres alle Haltestellen barrierefrei ausbauen müssen, das hat keine Stadt geschafft. Wir haben hier auch nicht 6 Millionen Euro, die wir mal eben einsparen könnten, sondern der größte Teil dieses Umbaus, der sich auf barrierefreie Haltestellen bezieht, wird uns auch von anderen Ebenen finanziert.

Herr Stadtrat Cramer, ich bin immer für Planungswerkstätten, aber hier an dieser Stelle löst Ihnen eine Planungswerkstatt kein Problem. Sie haben einen zu engen Querschnitt, und Sie müssen am Ende entscheiden, was geht Ihnen für welche Verkehrsart an der Stelle vor. Da können Sie sich mit Bürgern wochenlang zusammensetzen. Sie werden am Ende natürlich erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger besser verstehen, wie wir vielleicht zu den Ergebnissen kommen. Insofern würden wir in Zukunft auch durchaus so etwas an den Anfang solcher Überlegungen stellen. Das kann ich Ihnen gerne zusagen. Nur es wird an dieser Stelle für die Entscheidung, die Sie am Ende im Gemeinderat treffen müssen, gehen wir hier eher auf das Wiedereinführen oder Fortsetzen des Längsparkens, oder gehen wir auf andere Mobilitätsanforderungen ein. Das wird Ihnen auch keine Planungswerkstatt an dieser Stelle abnehmen.

Frau Stadträtin Fenrich, mit Ihrer Argumentation und mit der ausschließlichen Heranziehung der direkt unmittelbar betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner und Bürgervereine hätten wir heute weder eine Fußgängerzone in der Kaiserstraße noch sonst irgendwas, was in den letzten Jahrzehnten passiert ist. Hier müssen wir immer allgemeine Sicherheitsinteressen, wir müssen Mobilitätsinteressen, wir müssen Anwohnerinteressen, und wir müssen gesamtstädtische Interessen irgendwie versuchen, unter einen Hut zu kriegen. Und deswegen ist diese Vorlage jetzt auch so gestaltet, wie sie ist. Es macht aus Sicht der Stadtverwaltung keinen Sinn, jetzt für eine andere Variante als für diese Variante ein

Parkraumkonzept zu entwickeln, das wir dann aber Ihnen und auch den Bürgerinnen und Bürgern nochmal zur Bewertung und zur abschließenden Abstimmung stellen. Und wenn Sie das dann ablehnen, dann wird es halt weiter dort Längsparken geben, so wie es jetzt auch ist, außer eben des Abschnittes, der durch die Haltestelle gebraucht wird. Von daher gibt es auch dann noch eine echte Alternative zwischen der Fortsetzung des Status quo, außer dem Bereich der barrierefreien Haltestelle oder eben eines Fahrradstreifens, der dann die ganze westliche Kriegsstraße an dieser Stelle durchzieht. Insofern gibt es jetzt nichts, was hier irgendwie determiniert wäre. Wir als Stadtverwaltung, und das hat nichts mit dem zu tun, Frau Fenrich, was Sie mir unterstellt haben, wir als Stadtverwaltung müssen die bisherigen Beschlüsse des Gemeinderats berücksichtigen bei solchen Planungen, und wir müssen auch die rechtlichen Rahmensetzungen berücksichtigen. Die rechtlichen Rahmensetzungen sind nun mal so, dass wir versuchen müssen, wenn wir an einen Straßenraum herangehen, größtmögliche Sicherheit und auch Zuverlässigkeit für alle Verkehrsarten zu berücksichtigen. Da werden Sie mir recht geben, auch wenn es vielleicht im Moment noch kein Unfallschwerpunkt sein mag, dass es eine außerordentlich unsichere Situation ist, wenn Sie auf die Rücksicht der Autofahrer angewiesen sind, wenn Ihnen durch schnell geöffnete, längsparkende Autos mal eben eine Tür vor den Latz des Fahrrads geknallt wird. Das ist alles gar nicht negativ, aber es ist an der Stelle ein Unsicherheitsrisiko. Dann ist es logisch, dass unsere Verwaltung erst mal versucht, für alle Mobilitätsarten die maximale Sicherheit und die maximale Zuverlässigkeit auch hier in die Planungen einzubeziehen. Dann kommt hier ein solcher Fahrradstreifen aus Sicht der Verwaltung raus, zumal wir noch auf das Thema aktive Mobilität und auch andere Grundsatzbeschlüsse hier aufsetzen. Also die Dinge fallen nicht vom Himmel, und die habe ich mir auch nicht irgendwie nachts mal bei Schlaflosigkeit ausgedacht. Insofern ist es, glaube ich, von der Vorgehensweise klar, es gibt hier keine Mogelpackung. Sie haben rechtzeitig, bevor die Bagger rollen, noch mal die Möglichkeit dazu, darüber zu entscheiden, ob nach Fertigstellung der Baumaßnahme hier ein Fahrradstreifen kommt oder vom Parken her alles so bleibt, wie es ist.

Der Herr Höglmeier kann mich vielleicht noch ergänzen, aber natürlich können Sie auf die Haltestelle aus meiner Sicht grundsätzlich verzichten. Können wir nicht, also dann muss Herr Höglmeier doch noch ergänzen. Ich will nur aus Sicht der Verwaltung sagen, es geht nicht nur um die Erschließung der Kriegsstraße, sondern es geht auch um die Erschließung des jeweiligen Hinterlandes rechts und links in das Quartier hinein. Und da gibt es durchaus auch wichtige Anlaufstellen. Da gibt es ein Pflegeheim, da gibt es Kirchen, da gibt es andere öffentliche Einrichtungen. Also deswegen brauchen wir das gar nicht zu prüfen, sondern wir können Ihnen nicht mal schlechten Gewissens vorschlagen, auf diese Haltestelle zu verzichten. Im Übrigen würden wir uns auch von unserer bisherigen Tradition an der Stelle völlig verabschieden. Wenn es dann noch einen rechtlichen Grund gibt, würde ich Sie bitten, Herr Höglmeier, das einfach auch noch mal zu ergänzen. Vielleicht können Sie auch noch was zur Zuschussituation sagen. Und dann hat sich Herr Stadtrat Cramer noch mal gemeldet und dann können wir, glaube ich, in die Abstimmung.

Herr Höglmeier (VBK): Was den barrierefreien Ausbau der Haltestelle angeht, sind wir über die rechtlichen Rahmenbedingungen des PBefG dazu verpflichtet, diese alle sukzessive umzubauen. Auch deshalb wird seitens des Landes mit 75 Prozent die Umbaukosten bezuschusst und die Haltestelle Hübschstraße, so wie Sie es gesagt haben, nehmen wir natürlich auch gerade deshalb jetzt in Angriff, wobei jetzt relativ ist. Bis wir dann zum Umbau kommen, vergehen noch mal zwei Jahre, weil wir die komplette Straße und die komplette

Gleisanlage sanieren müssen. Deshalb ist diese Kombination sehr sinnvoll und auch das, was für die Bürgerinnen und Bürger mit den wenigsten Auswirkungen dann verbunden ist.

Der Vorsitzende: Es ging noch mal darum, ob wir die Haltestelle auflassen könnten oder ob es irgendwelche rechtlichen Rahmensetzungen gibt.

Herr Höglmeier (VBK): Wir haben über unsere Beauftragung seitens der Stadt ein entsprechendes Bedienungskonzept und eine Bedienungspflicht. Und hier haben wir eine entsprechende Qualität, was die Entfernungen zur Haltestelle angeht. Das ist sicherlich bei der Haltestelle Hübschstraße in diesem Straßenquerschnitt auch mit den entsprechenden Zuwegungen von den umliegenden Wohnbereichen genau das, was auch den Vorgaben entspricht.

Der Vorsitzende: Das entspricht den Vorgaben unseres Verkehrskonzeptes, aber nicht gesetzlich zwingend erforderlich.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Herr Oberbürgermeister, vorhin wurde der Vorschlag gemacht oder der Antrag gestellt von der FDP-Fraktion, dass man den Tagesordnungspunkt ganz runternimmt heute. Der zweite Punkt wäre meiner Ansicht nach, wenn abgestimmt wird, dass über den Punkt 1 der Vorlage der Verwaltung abgestimmt werden sollte. Der ist aus meiner Sicht mehr oder weniger gleich wie der Punkt 1 der CDU-Fraktion. Dann ist es klar, was hier die Mehrheit möchte, muss ich nicht wiederholen. Dann würde ich sagen, dass als nächste Abstimmung dann der Punkt 2 unseres Änderungsantrags abgestimmt werden sollte.

Stadtrat Hock (FDP): Der Kollege Cramer hat jetzt gerade noch einmal gefragt, und ich möchte dann den Geschäftsordnungsantrag stellen, diesen Antrag für heute abzusetzen und in den neuen Gemeinderat zu verschieben.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Also ich weiß nicht, ob man beantragen kann, das in die nächste Legislatur zu verschieben, aber das werden Sie uns sicher gleich sagen. Wenn ja, würden wir das unterstützen. Aber ich habe noch vorher eine Frage gehabt über die Art, wie wir jetzt abzustimmen haben. Ich habe mir in der Zwischenzeit die Verwaltungsvorlage angeschaut. Im Beschlussantrag der Verwaltung steht unter Nummer 2 nur die Variante A1. Das heißt, Herr Pfannkuch hat mich am Anfang ein bisschen auf die falsche Fährte gebracht, weil er gemeint hat, wir könnten über die Varianten abstimmen. Eine Abstimmung über Varianten ist nicht vorgesehen, wenn ich das richtig sehe, auch wenn sie hier drinstehen. Es geht nur um die Variante 1. Und wenn man nicht für die Variante 1 ist, dann muss man bei 2. dagegen stimmen. Ist es so richtig?

Stadträtin Fenrich (pl.): Wir haben gesehen, die Meinungen gehen da sehr konträr. Sie sind sehr konträr, gehen auseinander. Und deswegen würde ich mich ganz gerne anschließen, was der Kollege Hock gesagt hat, dass man das vertagt. Gleichzeitig würde ich die Stadtverwaltung darum bitten, dass das, was jetzt angesprochen worden ist, was in den einzelnen Anträgen ist, was jetzt auch mündlich angesprochen wurde, dass die Stadtverwaltung diese Punkte aufgreift und dazu das noch mal vertieft und den Gemeinderat dahingehend unterrichten wird. Ich glaube, dann kann man vielleicht irgendwo einen Mittelweg finden. Aber das heute wird zur Unzufriedenheit von etlichen Fraktionen führen, aber auch wahrscheinlich zur Unzufriedenheit einzelner Bürgergruppen, die einen, die den Parkplatz

wollen, die anderen, die da Radfahren wollen. Ich würde das sehr befürworten, was der Kollege Hock gesagt hat.

Der Vorsitzende: Ich finde, Sie entmündigen sich im Moment selbst. Wir diskutieren seit September diese Dinge. Es sind keine Überraschungen. Es ist die konsequente Umsetzung von Politik, die wir seit Jahren machen. Es gab eine Bürgerversammlung von uns, es gab eine Bürgerversammlung der CDU-Fraktion. Es sind alle Fragen von Ihnen beantwortet worden. Und es geht im Moment um zwei Dinge, leiten wir das Planfeststellungsverfahren zum Umbau der Haltestellen ein, verbunden mit einer dringend erforderlichen Gleichsanierung. Die müssten wir sonst nämlich übrigens machen, ohne dass wir in die Planfeststellung reingehen. Dann fangen wir irgendwann ein paar Jahre später an, es wieder alles rauszureißen. Und der zweite Schritt, da gibt es einige, die wollen heute schon eigentlich festlegen, dass man auf keinen Fall die 120 Parkplätze aufgibt. Und das, was wir vorschlagen, ist, dass wir erst mal unsere Ankündigung umsetzen, ein Parkraumkonzept zu entwickeln, in der Kombination aus Anwohnerparkzone und der Schaffung von tendenziell 60 neuen Parkplätzen. Dann können Sie anschließend noch mal völlig frei entscheiden, ob Sie das jetzt ausreichend finden oder ob Sie dann dieses Längsparkkonzept weiterführen, so wie es heute auch schon ist. Ich weiß nicht, was da ein neuer Gemeinderat, der sich im Übrigen auch durchaus aus ein paar bekannten Gesichtern wieder zusammensetzen dürfte, was der an der Situation jetzt anders entscheiden würde oder anders entscheidet. Und wie gesagt, da die große Mehrheit eh für den barrierefreien Ausbau ist, sehe ich an der Stelle zum Beispiel überhaupt nichts. Wenn sich der Gemeinderat am Ende verändert und sagt, wir wollen vielleicht auf keinen Fall über Fahrradstreifen reden, hat er immer noch die Möglichkeit, das dann entsprechend zu entscheiden. So ist es halt. Und das würde ich jetzt gerne hier sukzessive mit Ihnen durchsprechen.

Ich würde jetzt erst die Änderungsanträge aufrufen, nein, der Geschäftsordnungsantrag kommt am Anfang, das ist der erste Änderungsantrag, ist völlig klar. Dann mache ich die Änderungsanträge, und dann haben wir eine veränderte oder nicht veränderte Vorlage. So ist es nun mal. Ich bitte darum, mich jetzt nicht alle beraten zu wollen, wie ich die Änderungsanträge nacheinander abarbeite. Dann kommen wir völlig durcheinander.

Gut, also es gibt den Geschäftsordnungsantrag, dass wir diese Entscheidung heute nicht treffen, sondern dass wir die in die Legislatur des neuen Gemeinderats verschieben. Und da bitte ich Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine Mehrheit, das nicht zu tun.

Dann kommen wir jetzt in die einzelnen Anträge rein. Und da ist der weitestgehende Antrag der Antrag der Freien Wähler | FÜR Karlsruhe, auf die Haltestelle Hübschstraße zu verzichten.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Herr Oberbürgermeister, durch die Ausführungen von Herrn Pischon, das ist die Antwort auf unser Begehren, hat sich das eigentlich erledigt, dass er und die VBK die Notwendigkeit sehen. Darum brauchen wir darüber auch nicht abstimmen.

Der Vorsitzende: Dann würde ich als zweitweitesten Antrag den Antrag der CDU-Fraktion betrachten, und ich würde den jetzt einfach en bloc zur Abstimmung stellen. Ich glaube, die Unterschiede sind klar. Ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt kommt der Antrag der Karlsruher Liste/Die Partei. Da hat sich, glaube ich, die Ziffer 1 mehr oder minder erledigt, weil wir haben es jetzt getrennt. Ich weiß nicht, ob das so gesehen wird. Und die Ziffer 2 wäre, dass wir eine Planungswerkstatt noch quasi mit in den ganzen Prozess mit aufnehmen. Ich bitte, um diese Ziffer 2 jetzt in die Abstimmung zu gehen, und zwar ab jetzt. – Das ist auch eine mehrheitliche Ablehnung.

Den Antrag der SPD würden wir einfach dann zusagen, dass wir noch mal eine ähnliche Bürgerinformations- und Diskussionsveranstaltung machen, aber als Vorbereitung dafür, dass Sie am Ende danach gegebenenfalls im Gemeinderat darüber entscheiden, denn das soll die Entscheidung auch nicht ersetzen.

Dann kommen wir zur unveränderten Vorlage. Da war um getrennte Abstimmung gebeten worden. Ich würde jetzt die Ziffer 1 aufrufen zur Abstimmung. Da geht es um den barrierefreien Ausbau der Haltestelle Hübschstraße und die Einleitung eines entsprechenden Planfeststellungsverfahrens, auch um die Neuschaffung der Schienen ein Stück weiter weg, und die Oberleitungen sind auch verändert, nur dass wir wissen, worüber wir reden. Das stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine deutliche Mehrheit.

Herr Höglmeier, Sie können schon mal loslegen. Und wir kommen dann zu der Ziffer 2 und 3, die kann ich, glaube ich, zusammen aufrufen, weil es geht eben um die Entwicklung eines solchen Parkraumkonzeptes, verbunden mit der Zusage, dass Sie die so rechtzeitig noch mal im Gemeinderat zur Entscheidung vorgelegt bekommen, inklusive einer Bürgerversammlung, dass man dann auch bevor die Bagger rollen, möglichst weiß, was denn, nachdem die Bagger wieder weg sind, dort bleibt oder gehört. Und das stelle ich jetzt hier zur Abstimmung, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. März 2024